

Verantwortl. Redakteur: J. B. N. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Großmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Restanten 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, 25. Oktober 1889.

Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler,
G. L. Daube, Invalidendamm. Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Otto Thiele. Elberfeld W. Thiemann. Greif-
wald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg
Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens.
Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 24. Oktober. Die dem Etat über den Reichsfinanzetat für 1890—91 beigefügten Uebersichten über den Penfionsstand zu Ende Juni 1889 ergaben, daß in Folge des Krieges von 1870—71 an Penfionen, sowie an Verwilligungen für Hinterbliebene der Jahresver-
trag von 21,118,063 Mark erforderlich ist. Davon entfallen 21,101,106 Mark auf die Militär-
verwaltung (preussische, sächsische, württembergische und bairische), 16,957 Mark auf die kaiserliche Marineverwaltung. An Penfionen für Offiziere, Beamte und Mannschaften des Heeres werden 19,149,201 Mark, an Verwilligungen für die Hinterbliebenen 1,961,905 Mark gezahlt. Penfionsberechtigten waren noch in Folge des Krieges 1870—71 Ende Juni 1889: 8 Generale der Infanterie und Kavallerie, 39 General-Lieutenants, 76 General-Majors, 180 Obersten, 225 Oberst-Lieutenants, 536 Majors, 725 Hauptleute und Mittelmeister, 1207 Premier- und Sekonde-Lieutenants, 79 Generale- und Oberstabsärzte, 138 Stabs- und Assistenzärzte, 5 Auditeure, 221 Militärärztliche und Verwaltungsbeamte, 1394 Feldwebel, Oberfeuerwerker, Wachmeister, 5407 Sergeanten und Unteroffiziere, sowie 37,828 Gefreite, Gemeine, Spielleute. An Penfionen für Offiziere und Mannschaften der Marine werden 14,455 Mark, an Verwilligungen für die Hinterbliebenen 2502 Mark gezahlt. Penfion erhalten noch: 2 Korvettenkapitäne, 2 Unterlieutenants zur See, 3 Deskoffiziere, 5 Sergeanten und Unteroffiziere, sowie 10 Gefreite, Gemeine und Spielleute.

Dem Reichstage wird ein Bericht über die Freisprechung von dem Nationaldenkmal für Kaiser Wilhelm bezug. Die Ergebnisse derselben aus dem Reichsamt des Innern zugehen. Dabei mag daran erinnert werden, daß in der Denkschrift, welche bei der Forderung von 100,000 Mark für die Freisprechung des Reichstages zugeht, ausgeführt wurde: erst das Urteil des Preisgerichts, welchem Mitglieder des Bundesraths und des Reichstages, sowie künstlerische Sachverständige angehören, würde die Unterlagen für die endgültigen Entschlüsse von Bundesrath und Reichstag abgeben. Wie verlautet, wird außerdem im Kultusministerium von dem Geh. Ober-Regierungs-Rath Jordan, welcher Mitglied des Preisgerichts war, ein Gutachten ausgearbeitet über die verschiedenen für das Denkmal in Frage kommenden Plätze und über die Gründe, welche für und gegen die einzelnen Plätze sprechen. Ist erst hinsichtlich der Platzfrage eine Entscheidung getroffen, so dürfte die in Aussicht genommene engere Konkurrenz zu festem Ergebnis führen.

Die Vorbereitung des Sozialistengesetzes soll so beschleunigt werden, daß dasselbe, wenn möglich, noch im Laufe dieser Woche an den Reichstag gebracht werden kann. Heute verlautet sogar, daß der Bundesrath sich wahrscheinlich schon in seiner morgigen Plenarsitzung mit der Angelegenheit zu beschäftigen haben werde. Bestätigt sich diese Nachricht, so würde der glatte Verlauf der Verhandlungen in dem Ausschusse des Bundesraths schon darauf schließen lassen, daß auch im Plenum der Gegenstand keinen zu großen Schwierigkeiten mehr begegnen wird, so daß, wie schon im Eingang bemerkt, die Vorlage noch in dieser Woche an den Reichstag gelangen könnte. Von Seiten der Reichsregierung wird Alles aufgegeben, um das Arbeitsmaterial, dessen Durchberatung überhaupt in Aussicht genommen ist, so rasch wie möglich fertig zu stellen, damit nicht aus Mangel an Verhandlungsgegenständen in den Verhandlungen eine Pause eintreten muß.

Essen, 24. Oktober. In den zahlreichen Wohlfahrts-Einrichtungen, welche die Firma Krupp für ihre Beamten und Arbeiter, sowie für deren Angehörige bereits geschaffen hat, wird, wie berichtet wird, im nächsten Monat eine neue treten, nämlich eine Haushaltungsschule für Mädchen. Diese Anstalt hat den Zweck, Töchter von Bediensteten und Arbeitern der Hüttenfabrik — ausnahmsweise auch andere Mädchen —, welche das 14. Lebensjahr zurückgelegt haben, also nicht mehr schulpflichtig sind, durch praktische Anleitung in der Führung eines einfachen Haushalts anzubilden. Der Unterricht, welcher unentgeltlich erteilt wird, umfaßt die Zubereitung von Speisen, Einmachen von Gemüsen und Obst, Aufbeahrung der Vorräthe, Einkauf von Lebensmittel, Anbau von Gemüsen für den Hausbedarf, Waschen, Mangeln und Bügeln der Hauskleidungsstücke, Stricken und Steppen von Strümpfen, Plüßen und Hausarbeiten aller Art, alles Dinge, welche auch auf der letzten Hauptversammlung des liberalen Schulvereins als Unterrichtsgegenstände für solche Schulen gefordert wurden. Während des auf drei Monate berechneten Kurses erhalten die Teilnehmerinnen volle Beköstigung, für welche jede monatlich 6 Mark zu zahlen hat; Unbemittelten kann dieser Betrag theilweise oder ganz erlassen werden. Nach beendeter Kurss erhält jede Schülerin ein Zeugnis über ihre Leistungen; besonders fleißigen Mädchen werden Bescheinigungen in Aussicht gestellt. Der Unterricht wird erteilt an Wochentagen von 7 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends, an Sonntagen von 8 Uhr Morgens bis 2 Uhr Nachmittags, doch wird an Sonn- und Feiertagen Zeit zum Besuch des Sonntags-Gottesdienstes gegeben. Als besonders zweckmäßig erscheint uns die Einrichtung eines Mittagstisches, der mit der Haushaltungsschule verbunden wird. In demselben können solche Angehörige der Fabrik Theil nehmen, welche nicht in der Lage sind, sich in ihrer eigenen Haushaltung ein Mittagmahl herzustellen zu lassen. Der Preis beträgt für die Portion 30 Pf., doch ist auch hier in Fällen der Bedürftigkeit Ermäßigung oder Nachlass der Kosten vorgesehen. Die Firma Krupp hat sich für die Zwecke der Schule auf dem Eigenthum ein großes Gebäude aufführen lassen, dessen innere Einrichtung in jeder Beziehung als musterhaft bezeichnet werden kann.

Frankfurt a. M., 24. Oktober. Der „Finanzherold“ meldet aus Konstantinopel, daß ein Dekret des Sultans den Finanzminister zur Beschaffung von 300,000 Pfund zur Befreiung der Empfangsfreistatigkeiten des deutschen Kaisers ermächtigt.

Hamburg, 24. Oktober. Dem „Hamburgischen Korrespondent“ zufolge wird der Hamburger Bürgerchaft demnächst eine Vorlage des Senats über den Bau eines Handelshafens in Cuxhaven zugehen. Ueber den Umfang und die Kosten werden noch Erhebungen angestellt.

Hamburg, 23. Oktober. Das Komitee für die evangelisch-lutherische Auswanderer-Mission hat nach dem sechsten Jahresbericht über den verfloßenen Jahre sehr segensreich gewirkt. In diesem Jahre wurden 80 Abtheilungen Gottesdienste für die Auswanderer abgehalten. Die Gesamtzahl der Auswanderer über Hamburg betrug im vorigen Jahre 88,500, von welchen die Polen aus preussischen und russischen Provinzen das Hauptkontingent ausmachten. Im letzten Jahre gingen bei dem Bureau für Auswanderer-Mission 995 Briefe, Karten, Postanweisungen und Depeschen ein; 1181 Mittheilungen wurden abgefaßt. Die Summe der dem Komitee anvertrauten und durch seine Vermittelung den Auswanderern zugekommenen Gelder betrug 61,000 Mark. Durch die Ausdehnung der Arbeit sind die Kosten des Komitees bedeutend gemindert, so daß eine Ausgabe von 68,000 Mark nur eine Einnahme von 51,000 Mark gegenüber steht; die Jahresrechnung mußte mit einem Defizit von 17,000 Mark abgeschlossen werden.

Münster, 24. Oktober. Die Kreisregierung hat die Beschlüsse gegen den Verfall des Bezirksamts Körtz, welches den Körtz-Delegierten zum Pariser Kongress sehr Bericht erstattete, über den Kongress bei Androhung der Versammlungsausschließung verbot, abgewiesen.

Strasbourg, 23. Oktober. Einiges Aufsehen erregte hier die gestern von lothringischen Blättern gebrachte Mittheilung, „Graf Dillon“, der bolognaisische Parteiführer, sei in Dienste in Lothringen eingetroffen, wo er in der Person des Salinen-Direktors Skilke einen Schwager besitzt. Er ist natürlich nicht über die französische Grenze ins Land gekommen, schon wegen seiner gespannten Beziehungen zur französischen Regierung; überdies hätte er den für einen Eintritt nach Elsaß-Lothringen von dieser Seite erforderlichen Paß jedenfalls nicht erhalten. Aber auch so sollte sein Aufenthalt nur von kurzer Dauer sein; denn bald nach seinem Eintreffen in Dienste wurde ihm ein Ausweisungsbefehl zugestellt. Man wird dieses Vorgehen gegen einen notorischen Agitator nur billigen können, selbst wenn nicht besondere Gründe zu der Ausnahme berechtigt haben sollten, daß er sein Verbleiben auch hier im Reichslande forsetzen würde. Dillon gehört unzweifelhaft zu den Persönlichkeiten, die hier schon durch ihre bloße Anwesenheit stören wirken und deren man sich also nach Möglichkeit erwehrt. Ob das Gericht wahr ist, daß er für eine bolognaisische Anleihe wirken wolle, kann ich nicht kontrolliren. Die Dummheit werden aber nirgends alle und gerade in Elsaß-Lothringen giebt es immer etliche Leute, denen das verbotene französische Unterneimen gerade recht ist, um ihre Ersparnisse darin anzulegen.

Oesterreich-Ungarn.

Aus Wien wird der „Köln. Ztg.“ zu den neuen Anordnungen über die Beamtenuniformen geschrieben:

Die österreichische Beamtenchaft befindet sich in einer gewaltigen Aufregung: in der nächsten Zeit wird die Verordnung über die Beamtenuniformen erscheinen, welche nicht nur Neuerungen in der Uniform, sondern auch die Bestimmung enthalten wird, wonach bei allen amtlichen Anlässen, bei allen Amtshandlungen dem Publikum gegenüber die Uniform getragen werden muß. Im Grunde genommen ist die letzte Bestimmung nicht neu. Aus bisher sollen die Beamten in den genannten Fällen die Uniform tragen. Die österreichische „Gemeinschaft“ aber brachte die ganze Verordnung darauf in Vergeßlichkeit, daß die meisten Beamten nicht nur keine Uniform hatten, sondern sogar nicht wußten, daß sie zum Tragen einer solchen berechtigt und verpflichtet seien, während wieder in gewissen Zweigen, wie bei Post- und Telegraphenbeamten, durch eine willkürliche Zusammenstellung einer Uniformblouse mit dem sonstigen Zivilausgang eine Phantasiuniform entstand, die freilich nicht geeignet war, das Ansehen des Beamtenstandes zu heben. Kurz, ein österreichisches Amt war der lebendige Protest gegen jede Art von Strammheit und Schnelligkeit. Der Kaiser selbst soll die Anregung zur Aenderung dieser Zustände gegeben haben, da dem Monarchen auf seiner Berliner Reise die schmutzige Haltung und Uniform der preussischen Beamten angenehm aufgefallen sei. Die Belastung soll dadurch gemildert werden, daß die Ministerien Anstalten zu treffen haben, damit die Beamten die Uniform gegen Katzenpawen anschaffen können. Der Abneigung des Oesterreichers gegen eine knappe und eng anschließende Uniform wird dadurch Rechnung getragen, daß neben der bisherigen Uniform, welche als Galauniform für die höheren Kategorien dienen wird, eine „Dienstuniform“ eingeführt wird, die dem Schnitt nach sich der früher bequemen und sich dem Zivilkleide nähernden Marineuniform ähnelt. Ein dunkelgrüner Gehrock, ähnlich dem Marineflottenrock, eine eben solche Weste, beide mit vergoldeten Knöpfen, neuartige Hose, dunkelgrüner Mantel bilden die Dienstuniform, hierzu tritt eine dunkelgrüne Offiziersmütze; als Seitengehwehr dient ein kurzer Säbel.

Aus Wien, 22. Oktober, wird der „Völk.“ geschrieben:

Erzherzog Johann begiebt sich schon in den nächsten Tagen von Paris zunächst nach in die Schweiz, woselbst er so lange verweilen wird, bis seine schwebende Angelegenheit geordnet sein wird. Es handelt sich nicht um die vermögensrechtliche Frage, zumal er nicht nur auf alle Bezüge, die ihm als Apanage, wie auch als Besoldung — Erzherzog Johann ist Feldmarschall-Lieutenant — zuzufallen, vollständig verzichtet, sondern auch, wie aus ganz verlässlicher Quelle mitgetheilt wird, die ihm seitens seiner Mutter angebotene Rente dankend abgelehnt hat. In erster Linie will der Erzherzog nur die Bewilligung zur Annahme des bürgerlichen Namens abwarten. Er hat auch den Namen eines Grafen v. Orty niedergelegt und dafür den Namen Johann Traunwarter gewählt. Die ursprüngliche beabsichtigte Verleihung des Rittertums des Erzherzogs in den Amtsbüchern wird unterbleiben, doch dürfte mit der formellen und juristischen Seite der Angelegenheit ein spezieller Ministerrath nach der Rückkehr des Kaisers sich zu beschäftigen haben.

Frankeich.

Paris, 23. Oktober. Wie die hiesigen

Blätter melden, ist der Ausstand im nordfranzösischen Kohlen-Gebiet von Neuem ausgebrochen. Die Arbeiter der Gesellschaft Lens hatten sich mit der verlangten und erhaltenen Lohn-erhöhung von 10 Prozent zufrieden erklärt und waren am Sonnabend wieder ausgefahren. Aber die Vergleiche der benachbarten Grubengesellschaften wollten nur 20 Prozent Erhöhung und werfen den Lens'ern Arbeitern vor, sie verathen zu haben, indem sie die Arbeit zu den minder günstigen Bedingungen wieder aufnahmen. Auf diese Weise ist es gelungen, die Arbeiter eines Schachtes zu Lens wiederum zum Ausstand zu bewegen. Die übrigen Gruben der Gesellschaft, mit 5 bis 6000 Arbeitern, sind aber in vollständigem Betrieb. Die bedeutendste Vergabungsgesellschaft des Gebietes, Anzin, hat die Lohn-erhöhung von 10 Prozent bewilligt, bevor sie verlangt wurde. Diefelbe soll der Gesellschaft monatlich 100,000 Franks Mehrausgabe verursachen. Die Gesellschaft Anzin hat die gleiche Erhöhung bewilligt und ist vom Ausstand verschont geblieben. Der Mittelpunkt des Ausstandes ist jetzt Deronnes bei Douai, wohin deshalb sämtliche Gendarmen des Bezirks gezogen und Reiterabtheilungen geschickt wurden. Mehrere Gruben der Vergleute wurden verhindert. Nachts sind die Wege nach den Nachbargruben abgesperrt, um die Ausständigen zu verhindern, den Ausstand weiter zu verbreiten. Aus Arras, Douai, Bethune und Aire sind Truppen in das Ausstandsgebiet geschickt worden. Gegenwärtig ist die Lage also: In Lens feiert nur ein Schacht; alle Vergleuten der Gruben der Gesellschaft zu Vivin sind im Ausstand, ebenso diejenigen der Gesellschaft Courrières, wo eine so kleine Zahl Vergleute gestern Morgen ergriffen, daß die Streiker sie nicht anfassen lassen konnten. Von den sechs Schächten der Gesellschaft zu Bussy feiern zwei ganz, zwei andere arbeiten mit verringerter Beschäftigung. Bei den Vergleuten der Gesellschaft zu Bruay fehlten am Montag Morgen 500 Mann, so daß ein Schacht ganz ruht. Die Gruben der Gesellschaft zu Noeux sind mühsam durch Soldaten gegen die Ausständigen aus Bussy u. s. w. besetzt worden. Die Vergleuten der Gesellschaft zu Douges und Carvin sind theilweise wiederum angefahren. Die Vergleuten der Gesellschaft in Stricourt und Drocourt sind vollständig ausständig. Im Ganzen sind jetzt im Departement Pas-de-Calais wieder an 12,000 Vergleute ausständig oder ein Drittel der Gesamtzahl. Das Kohlengebiet erstreckt sich bis auf das Nord-Departement, wo die größten Gruben sich befinden. Bekanntlich fand im Jahre 1884 ein fast allgemeiner Ausstand der Vergleute statt, welcher zwei volle Monate dauerte und mit einer Niederlage derselben endete. Die Vergleute verlangten nur unbedeutende Zugeständnisse und versetzten in Noth und Elend, da sie nur geringe Unterstützung erhielten. Hauptursache der langen Dauer des Ausstandes waren der Einfluß des ehemaligen Bergmanns Basly, dessen Schanzkiste das Hauptquartier der Ausständigen war. Basly machte glänzende Geschäfte, ging nach Paris, um in öffentlichen Versammlungen die Sache der Vergleute zu vertreten, wurde zu einem berühmten Mann und gleich darauf in Paris zum Abgeordneten gewählt. Durch die zweimalige Wahl Boulanger's im Nord-Departement wurde seither die Gährung unterhalten.

Aus einem im „Matin“ gemeldeten Interview eines seiner Mitarbeiter mit dem auf der Insel Jersey in Zurückgezogenheit lebenden General-Präsidenten geht hervor, daß dieser im Hotel de la Pomme d'Or zu Saint-Peter mit seiner Begleiterin, deren Kammerfrau, einem Sekretär, vier Dienern und vier Pferden einlegt ist. Wie es scheint, wird er seinen ersten Plan, eine Villa zu beziehen, nicht durchzuführen, weil das Leben im Gasthose viel billiger zu stehen kommt und er auf diese Weise keine Pflichten der Gastfreundschaft zu erfüllen hat.

Italien.

Rom, 24. Oktober. (B. T.) Wie bereits gemeldet, stieß heute Morgen ein Extrazug mit den nach Frankreich heimkehrenden französischen Pilgern bei der Ankunft in Viterbi unweit Genoa mit einem Lastzug zusammen; mehrere Wagen wurden zertrümmert, eine Person todt, sieben verwundet. Die Deputirtenkammer wird am 20. November zusammentreten.

Das in Venedig erscheinende Blatt „Il Tempo“ veröffentlicht einen Brief Ferrys, in welchem dieser erklärt, die Besetzung von Tunis sei in bestem Einverständnis mit Manini vereinbart (?) worden; Ferry erklärt, er sei ein Freund Italiens, er hoffe auf die baldige Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Frankreich und Italien. Die Cripische „Riforma“ nimmt diese Erklärungen Ferrys mit Mißtrauen auf.

Großbritannien und Irland.

London, 23. Oktober. Mit großer Spannung sieht man sowohl in Irland selbst, wie hier, dem Ausgang des vor einigen Tagen begonnenen Kriminalprozesses gegen den katholischen Gemeindepriester von Gweedore Mac Fadden und 22 Bauern entgegen, welche sich wegen der im Februar dieses Jahres stattgehabten Ermordung des Polizeioffiziers Martin vor dem Queens County (Irland) zu verantworten haben. — Der Sachverhalt ist, nach hiesigen Blättern zu schließen, ungefähr folgender: Mac Fadden war als Seelsorger und Berater seiner Gemeinde sowohl bei den Landlords wie bei den Bauern sehr geachtet und beliebt und somit durch die Verhältnisse zum Vermittler in Streitigkeiten so zu sagen prädestinirt. Im verfloßenen Winter soll er nun in vieler Beziehung den Bauern Recht gegeben und ihren Selbstzuchtplan gegen die Gutsherren gutgeheißen haben. Hierdurch fühlte sich die Regierung veranlaßt, gegen ihn das Zwangsgeleitz zu bringen, um den Polizeioffizier Martin den Auftrag zu erteilen, Mac Fadden in Haft zu nehmen. Leider wählte jedoch der Regierungsbeamte sowohl bezüglich der Zeit wie des Ortes nicht gerade die günstigsten Maßnahmen; er verurtheilte den Priester an einem Sonntag Morgen kurz nach der Messe auf dem Weg von der Kirche zum Pfarrhaus dingstlich zu machen. Nach Berichten von glaubwürdiger Seite soll Martin den Priester Mac Fadden, welcher mitten unter der aus der Kirche strömenden Menge ging, an der Soutane ergriffen und

gleichzeitig zur Abwehr der Leute blank gezogen haben. Als hierauf ein Weib schrie: „Seht, er will den Priester tödten!“ hätte sich die wüthende Menge auf Martin gestürzt, ihn zu Boden geschlagen und so zugerichtet, daß er einige Stunden später, und zwar im Pfarrhaus selbst, wohin er gebracht wurde, den Geist aufgab. Die seiner Zeit gegen Mac Fadden und die beteiligten Bauern erhobene Mordanklage wurde später fallen gelassen und der Priester sogar auf Fährte vieler Freunde und Gönner gegen Verhaftung aus dem Gefängnis, wohin man ihn geführt hatte, entlassen. Doch muß er sich jetzt mit zwölf Bauern wegen Verschwörung gegen die Staatsgewalt verantworten, während zehn andere Bauern auch wegen Mordes verfolgt sind. Würde die Verhandlung an Thator stattgefunden, wäre eine unparteiische Beurtheilung des Falles um so weniger zu erwarten, als die graufige That von der dortigen Landbevölkerung allgemein als eine Sühne des Verbrechens, einen Priester in seinem Amte zu stören, angesehen wird. Auf Grund der sogenannten „Palmer'sche“, welche vor einigen Jahrzehnten zu dem Zwecke eingebracht wurde, den Verbrecher gegen die Volkswuth zu schützen, verlegte die Regierung den Prozeß nach Marlborough, dieses Mal freilich, um ein gerechtes Urtheil in der Richtung auf die verdiente Strafe zu ermöglichen. Um die Verhandlungen Tag für Tag zu verfolgen, sind außer fünf Journalisten noch der Mayor von Dublin, der bekannte Freund Barnells, Sexton, dann Lady Sandhurst, Miss Cobden und Miss Conybeare nach Marlborough gereist, weil sie der Meinung sind, man wolle a tout prix eine Verurtheilung sämtlicher Angeklagten herbeiführen.

Durch das große Interesse, welches man hier allen Vorgängen in Irland zuwendet, wird dem Prozeß eine Art politischer Wichtigkeit aufgedrängt, und da allgemein zugegeben wurde, daß er eher begünstigt wie aufreizend bei Gelegenheit der Vorlesung gewirkt habe, und daß er, seinem echt verpöhlischen Charakter nach, zur Vertheiligung an einem derartigen Gewaltakt gewiß niemals geneigt sein würde.

London, 24. Oktober. Die „Times“ erwähnt das Gerücht von der Absicht der Regierung, Swaziland den Boeren von Transvaal zu übertragen, das in gut unterrichteten Kreisen Glauben finde, und protestirt gegen einen solchen Schritt auf das energischste. Die dort wohnenden Weissen seien meist britische Unterthanen und vermuthlich einem britischen Protektorat oder britischer Einwirkung gewöhnt, während die Eingeborenen wiederholt britische Schutzherrschaft nachgesucht hätten. Freilich stößt Swaziland nicht an ein britisches Gebiet, aber das Einschalten sei, in Amatongaland zu annektiren, und England werde sofort berechtigt, Swaziland zu nehmen. Möglicherweise habe Lord Knutsford Gründe, Swaziland den Transvaalern zu übertragen, vielleicht als Entschädigung für Englands Ausdehnung in nördlicher Richtung. Swaziland dürfte der Preis der Boeren sein, daß sie sich ruhig verhalten, während die südafrikanische Gesellschaft nach dem Jambsi verzieht. Oder er dürfte glauben, daß die Boeren einen moralischen Anspruch auf eine Seelstätte haben. Dagegen sei einzunehmen, daß Entschädigung überflüssig ist, es sei denn, daß die zu entschädigende Partei den Willen und die Macht hat, die Zwecke zu verhindern, die der Entschädigende verfolgt. Die Abtragung von Swaziland giebt den Boeren keinen Zugang zum Meere, wenn sie nicht auch Amatongaland erhalten. Im Interesse Englands sei die Abtretung von Swaziland, einem Lande reich an Mineralien und Kohlen, die für eine spätere Kohlenstation von großem Werthe sind, und einem Lande, durch das die kürzeste Eisenbahnroute nach dem Goldfeldern Transvaals führt, auf das ernstlichste zu widerrathen.

Spanien und Portugal.

Madrid, 18. Oktober. Von einer Hinrichtung, die ganz dazu angethan ist, den Glauben der Todesstrafe Wasser auf die Mühle zu liefern, wissen wir mit vieler Genugthuung die spanischen Zeitungen aus Marokko zu berichten. Ein Maure hatte vor einigen Wochen in einem Anfall religiösen Wahnsinns in dem marokkanischen Küstenstädtchen Casa Blanca einen Doppel-mord an spanischen Unterthanen begangen. Der spanische Gesandte in Tanger reklamierte. Der Sultan ordnete an, der ergriffene Mörder sei mit dem Tode zu bestrafen. Da der Mordthat aber Wahnsinn zu Grunde lag, der Thäter also der strenggläubig muslimanischen Bevölkerung als heilig gilt, war von vornherein anzunehmen, daß sich kein Maure, selbst nicht für dieses Geld finden werde, den Befehl des Sultans zu vollstrecken. Präzedenzfälle dieser Art liegen zahlreich vor. Der Sultan übergab daher den Hinrichtungsbefehl dem spanischen Gesandten; das hieß: „Ich habe meine Schuldigkeit gethan, sich Du nun zu, wie Du fertig wirst.“ Der Gesandte schickte ein Kriegsschiff nach Casa Blanca. Der Kommandant des Schiffes überreichte, begleitet von dem spanischen Konsul, dem Gouverneur des Ortes den Befehl seines Herrn. Der Gouverneur nahm die Urkunde ehrfurchtsvoll in Empfang, wuscherte sich auch nicht, die Drohe vollstrecken zu lassen, erklärte aber nach Ablauf von 48 Stunden, daß es in Casa Blanca Niemand gebe, der die Hinrichtung vollziehen wolle, daß selbst seine Soldaten sich weigerten, dies zu thun. Da bot sich ein Diener des spanischen Konsuls an, den Mauren „anzubringen“. Der Bericht wurde verheißelhaft, und bei hellem Tage, auf offener Straße vor dem Hause des spanischen Konsuls, doch der improvisirte Henker sein Opfer mit einer doppelköpfigen Gabeln nieder, indem er ihm von rückwärts eine Angel zwischen die Schultern jagte. Da der Mann nicht todt war, wurde er in die nächste Moschee getragen, wo er nach mehreren Stunden verstarb. Die Erbitterung unter der muslimanischen Bevölkerung Casa Blancas ist so stark, daß der Gouverneur sich genöthigt ge-

sehen hat, die dort residirenden spanischen und portugiesischen Konsuln zu ersuchen, sie möchten ihre Unterthanen dringend davor warnen, vor den Mauren von der Hinrichtung zu sprechen, da er, der Gouverneur, ansonsten für die Folgen, die aus solchen Gesprächen entstehen könnten, nicht einzustehen vermöge.

Madrid. Der Zufall machte mich, so schreibt man der „Schles. Ztg.“ von hier, zum Zeugen eines merkwürdigen Vorfalls. Ich war mit einigen Bekannten in der Calle de la Real, in dem königlichen Marfall anwesend, wo wir den Künsten der Schulpferde zusahen, als die Ankunft der marokkanischen Gesandtschaft gemeldet wurde. Wir begaben uns daher aus der Reithalle nach den Ställen, in denen die kammerturbanen Weismäntel sich aufhielten. Sie waren vor der überall herrschenden Ordnung und Sauberkeit geradezu in Anbetung verfallen und kamen aus den Ausrufern der Bewunderung und des Erstaunens gar nicht heraus. Das Pferde-material flößte ihnen, was ihre Kennerchaft bewies, weit weniger Bewunderung ein, bis wir zu der arabischen Abtheilung kamen. Hier stehen einige wirklich schöne Pferde der Verbertrasse, und während wir hinter und zwischen den kleinen, ausgelassen, muskulösen, feinsinnigen Thieren mit den scharfgezeichneten, kugeln Köpfen durchgingen, war es rührend, zu sehen, wie die sonst so ruhig und phlegmatisch dastehenden, sich um die Besucher durchaus nicht kümmernden Thiere, plötzlich in Bewegung geriethen, mit den Hufen scharten, wieherten, sich umgaben und sich von den Ketten loszumachen versuchten. Sie hatten die Hälse aus ihrer Heimath und die Kante der Sprache erkannt, bei deren Klängen sie groß geworden. Einzelne Thiere geberdeten sich ganz unheimlich vor Freude, unter diesen auch der 19 Jahre alte Schimmel „Sahara“, welcher vor mehr als 15 Jahren als Geschenk des Sultans von Marokko an den eben zum König ausgerufenen Alfons XII. nach Madrid gekommen war.

Griechenland.

Athen, 24. Oktober. Die Stadt ist mit griechischen und deutschen Fahnen bedeckt. Auf Schiffen und mit Extrazügen sind Tausende von Fremden hier angelangt. Neue Massen treffen beständig ein. Die Gesamtzahl der in Athen anwesenden Festgäste beträgt bereits 40,000. Die festlich erleuchteten Straßen Athens tragen einen ganz ungewöhnlichen Charakter. Von Patras aus wurde das in den Meerbusen von Korinth einlaufende Brantschiff mit ungeheurer Jubel begrüßt. Bei Korinth und Kalamali, an den beiden Endpunkten des Kanals von Korinth, sind große Ehrenposten aus Vorbeeren und Myrthen errichtet. Prinzessin Sophie wird in Athen überaus herzlich empfangen werden.

Türkei.

Ueber die Lage auf Kreta erhält die „Köln. Ztg.“ aus Kanea, 15. Oktober, folgende Mittheilungen:

Die paar Hundert Ausständigen, die sich noch in den Hochgebirgen von Spahla herumtreiben, beschränken jetzt ihre Thätigkeit darauf, die vorgeschobenen Militärposten zu beunruhigen. So wurde in der künftigen, stürmischen Nacht vom 30. September auf den 1. Oktober auf ein türkisches Militärzelt geschossen, worin unvorsichtiger Weise eine Lampe brannte, und es gab dabei einen Todten und zwei Verwundete; die ersten Verluste auf türkischer Seite, abgesehen von den im Anfang der Bewegung beim Wasserholen umgebrachten fünf Soldaten. Wie voranzufahren war, hat die Bestrafung der verurtheilten Uebelthäter zur Folge, daß sich die Betroffenen oder deren Angehörige an den Angebern zu rächen suchten. Ein Anfang ist schon gemacht worden, indem in der Nacht von gestern auf heute in Galata, einem etwa zwei Stunden von Kanea gelegenen Dorfe, ein Türke ermordet wurde. Die Wiederholung dieser Fälle zu verhindern, ist bei den hiesigen Zuständen fast eine Unmöglichkeit. Vielfach ist man der Ansicht, daß die Verwaltung die Entweichung der nach Griechenland entflohenen Führer begünstigt habe, um der nothwendigen Verurtheilung derselben aus dem Wege zu gehen. Kurz wäre ein solcher Schachzug nicht, denn das Treiben und Fegen dieser Leute in Griechenland schadet der Regierung mehr als ihre Anwesenheit auf der Insel. Die Berichte in europäischen Zeitungen über Mißhandlungen der christlichen Landbevölkerung durch das türkische Militär sind sehr übertrieben. Geht man der Sache auf den Grund, so stellt sich heraus, daß man allerdings gefolteses Gut mit dem Tod wieder herauszuwickeln verstand und durch Schläge den Sinn für Ordnung wecken möchte. Aber es giebt in der That kein anderes Mittel in einem Lande, wo man sich seit Jahren nicht um Gesetz und Recht gekümmert hat und wo Niemand Strafe zu fürchten brauchte, falls er der Partei angehörte, die gerade am Ruder war. Viele christliche Kreise selbst sind der Ansicht, daß die gegenwärtige Strenge in der Ordnung liegt, weil sie dadurch wieder zu ihrem Eigenthum gekommen sind, das ihnen während der Revolution entwandt worden war.

Afrika.

Marokko. Aus Tanger vom 19. Oktober wird dem „Bureau Reuter“ gemeldet: Der Sultan von Marokko traf vorgestern Nachmittag in Karache ein. Bei der Ueberfahrt über einen Fluß in der Nähe von Karache ertranken am letzten Freitag 20 Soldaten des Gefolges nebst ihren Pferden.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 25. Oktober. Der Torneher Schützen-Kompagnie der Bürger sind Korporationsrechte verliehen worden. — Landgericht. Strafkammer 3. Sitzung vom 25. Oktober. — Am 24. Juli d. J. fuhr der Kutscher Alb. Ferd. Schulz mit einem Rollwagen die Dierowier entlang und bemerkte in der Nähe der Wellenremppe die schon bejahrte Restaurateurfrau Präg dicht vor sich, er rief derselben zwar zu, hielt aber die Pferde nicht an. Die Passage war so eng, daß Frau P. nicht ausweichen konnte und die Folge davon war, daß sie umgestoßen wurde und ihr ein Rad des schweren Wagens über den Fuß ging. Schulz war deshalb heute wegen fahrläf-

